

## Das französische Dilemma im Spiegel der Griechenland-Krise

*Filippa Chatzistavrou und Olivier Passet*

**Zusammenfassung** Die Griechenland-Krise ist in Frankreich seit 2010 Gegenstand einer landesweiten Debatte. In der öffentlichen Meinung und in den Auseinandersetzungen zwischen Politikern und Ökonomen fungiert sie als ein Spiegel französischer Probleme. Angesichts der eigenen schrumpfenden Wirtschaftskraft beinhaltet die Debatte sowohl Kritik am nationalen Regulierungssystem wie an den europäischen Spielregeln. Außerdem hat die Krise einen fundamentalen Unterschied in der Wahrnehmung des europäischen Projekts zwischen Frankreich und Deutschland offenbart. Während Deutschland hinsichtlich des Umbaus der Wirtschafts- und Währungsunion einen legalistischen Ansatz verfolgt, schwankt die französische Position zwischen einer Legitimierung der Regeln und der Gewährung von Ausnahmen zum Stabilitätspakt. Hinzu kommen auf französischer Seite Zweifel gegenüber einer asymmetrischen Entscheidungsfindung in der EU. Die Unterzeichnung des dritten Rettungspakets für Griechenland sehen die Autoren deshalb als eine Rettung Europas wie auch der deutsch-französischen Beziehungen.



# Inhalt

## **1 Das französische Dilemma im Spiegel der Griechenland-Krise**

*Filippa Chatzistavrou und Olivier Passet*

## **3 Die öffentliche Meinung**

## **5 Frankreichs Sozialsystem als „Auslaufmodell“**

Der ständige Vergleich mit Griechenland

Die Instrumentalisierung Griechenlands in den Parteidebatten

Unterschiedliche Wahrnehmungen unter Fachleuten und Intellektuellen

## **8 Griechenland und restriktive Haushaltspolitik – der Mittelweg der französischen Regierung**

Griechenlands enttäuschte Erwartungen an Frankreich

Hollandes Rückkehr zur europäischen Reformpolitik

Frankreich zwischen Vermittlung und Eigeninteresse

## **12 Abschließende Bemerkungen**

## 13 Anmerkungen



# Das französische Dilemma im Spiegel der Griechenland-Krise

*Filippa Chatzistavrou und Olivier Passet*

Wie in vielen Ländern Europas entspann sich in Frankreich um die Griechenland-Krise immer wieder eine erhitze Debatte. Dabei folgte die Intensität des öffentlichen Interesses in Frankreich dem Verlauf der Krise und hatte dementsprechend verschiedene Höhepunkte – zunächst im Frühjahr 2010, dann im Frühjahr 2011 (bis zur Vereinbarung des Rettungspakets vom November 2012) und schließlich nach Syrizas Wahlsieg mit einer weiteren Steigerung bis zum Herbst 2015. Doch im Gegensatz zu Deutschland gab es immer erst im Nachhinein Diskussionen auf politischer Ebene über die verschiedenen Rettungspläne von 2010, 2011, 2012 und 2015.<sup>1</sup> Die vorgeschlagenen Lösungen der Griechenland-Krise und vor allem deren Kosten waren in der öffentlichen Meinung eine supranationale Angelegenheit, auf die man selbst keinen Einfluss hätte.

Tatsächlich aber wurde die Griechenland-Krise in der landesweiten Debatte instrumentalisiert und mit zwei anderen Themen vermischt, die in Frankreich seit etwa zehn Jahren, spätestens aber seit 2008, Besorgnis hervorrufen. Auf der einen Seite fungierte Griechenland als Spiegel jener französischen Probleme, die in seiner Krise nur allzu deutlich hervortraten. Dies war in anderen Ländern Europas so nicht der Fall. Diese Lesart begann sich Anfang 2010 angesichts Frankreichs innenpolitischer Schwierigkeiten durchzusetzen: Einerseits machte man veraltete ökonomische Strukturen aus, die offenbar nicht geeignet waren, die Probleme der Eurokrise zu beheben;<sup>2</sup> andererseits beklagte man eine zu große makroökonomische Starrheit. Insofern stand zum einen die Frage im Zentrum der Griechenland-Debatte, wie sich in Frankreich ein Gleichgewicht zwischen Sparmaßnahmen, Strukturreformen und politischer, absichtsvoller Förderung des Wachstums erreichen ließe. Die erbitterte Art und Weise, in der die Debatte geführt wurde, und das Beharren der einander unversöhnlich gegenüberstehenden Parteien auf ihren jeweiligen Positionen riefen dabei Erinnerungen an eine frühere Katastrophe wach, in der Frankreich eine zentrale Rolle gespielt hatte – das Referendum zur Ratifizierung der europäischen Verfassung im Jahr 2005. Damals war die Bevölkerung durch dieselbe tiefe Angst gespalten, dass ein demokratisch nicht ausreichend legitimiertes

Europa, das plötzlich Entscheidungsmacht erlangt, einen über Jahrzehnte hinweg errungenen gesellschaftlichen Kompromiss zunichtemachen könnte.

Zum anderen diente die Griechenland-Krise als Auslöser für eine umfassendere französische Debatte über Europa: Die Schwerpunkte reichten von der Rolle der EU-Institutionen, die die Krise womöglich noch beförderten,<sup>3</sup> über den abnehmenden Einfluss Frankreichs und die Gefahr einer deutschen Hegemonie im europäischen Entscheidungsprozess bis hin zur Unfähigkeit der Eurozone, sich nicht von den Krisen der Weltwirtschaft erschüttern zu lassen.

Diese doppelte Debatte über landeseigene Wirtschaftsreformen und die Funktionsweise der Europäischen Union ließe sich in folgender Frage zuspitzen: Krankte Frankreich an Europa oder krankte Europa an Frankreich? In eben dieser Frage liegt das französische Dilemma. Angesichts der schrumpfenden Wirtschaftskraft schwankt die politische Debatte permanent zwischen Kritik am nationalen Regulierungssystem und einer Kritik der europäischen Spielregeln. Die französische Regierung hat sich dabei für einen Mittelweg entschieden, und zwar sowohl in der Frage der nationalen Wirtschaftspolitik als auch in der Frage, wie mit Griechenland zu verfahren sei: Sie agiert weiterhin als Partner im deutsch-französischen Führungsduo, ohne die Regeln der Europäischen Union grundsätzlich in Frage zu stellen, plädiert aber zugleich dafür, diese Regeln möglichst großzügig auszulegen. Wir beschäftigen uns in dieser Analyse mit der Debatte dieser Fragen in Frankreich, die durch die Griechenland-Krise angestoßen und gewissermaßen parallel zur Entwicklung in Griechenland geführt wurde.

## Die öffentliche Meinung

Wie verschiedene Umfragen seit 2010 belegen, bildet die öffentliche französische Meinung zur Griechenland-Krise genau jenes Dilemma ab, das wir oben dargelegt haben. Die seit 2010 meistgestellte Frage<sup>4</sup> in öffentlichen Umfragen lautet: Ist ein Grexit wünschenswert? Wir werden uns im Weiteren auf diesen Punkt konzentrieren, da er Fragen und Probleme verschiedenster Art bündelt.

Doch gerade deswegen ist die Diskussion dieses Aspekts heikel. Die Gewichtung der Ja- und Nein-Stimmen stellte keine rein binäre Rechnung dar, wie manche Medien vereinfachend behaupteten. Die Frage lautete nicht „Sind Sie für oder gegen den Euro?“ oder „Sind Sie für oder gegen Europa?“. Es ging auch nicht darum, ob Frankreich mit Griechenland einen Kampf gegen Deutschland austragen wolle oder mit Deutschland einen Kampf gegen Griechenland. So versammelt das Lager, das für einen Ausstieg Griechenlands aus der Eurozone plädierte, verschiedene Gruppierungen. Erstens die Verfechter einer harten Haltung gegenüber Griechenland: Sie sind der Ansicht, dass nicht der Euro Schuld an der europäischen Misere ist, sondern unzureichende und nachlässig angegangene Reformen. Zweitens die „Eurogegner“: Sie setzen sich für die Rückkehr zur nationalen Währung ein. Drittens all jene, die mit dem Regierungsantritt einer linksradikalen Partei in Griechenland im Januar 2015 nicht einverstanden waren.

Das Grexit-Lager war somit höchst heterogen und widersetzt sich einer eindeutigen politischen Einordnung. Auf der anderen Seite umfasste das Lager der Fürsprecher eines Verbleibs Griechenlands in der Eurozone Bürger, die der Ansicht waren, dass es nicht den einen Schuldigen an der Krise gebe und dass die Eurogruppe eine zu harte Linie gegenüber Griechenland fahre, ebenso wie Menschen, die befürchteten, dass ein Grexit eine destabilisierende Wirkung auf die Eurozone hätte, ohne sich indes mit Griechenland solidarisch erklären zu wollen.

Die 2012 und im Sommer 2015 durchgeführten Umfragen (Abbildung 1) zeigen mehrere größere Tendenzen auf: Erstens war die öffentliche Meinung in Frankreich gespalten, wenngleich sich die Franzosen nach wie vor eher für den Verbleib Griechenlands in der Eurozone aussprachen. Dabei hingen die genauen Mehrheitsverhältnisse aber immer vom Wortlaut der Fragestellung ab:

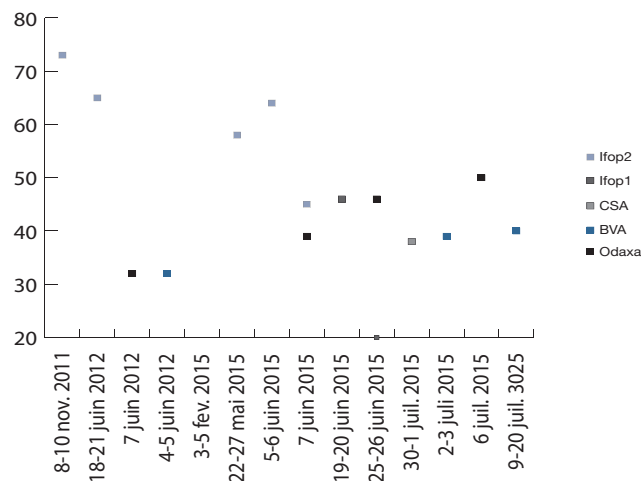
- Die Anzahl der Befürworter eines Grexit erreichte ihren höchsten Wert, wenn explizit auf die Gefahr eines Staatsbankrotts hingewiesen wurde (vgl. Ifop1 und Ifop2). Im Laufe der Zeit nahm diese Zahl wieder ab. Während 2011/2012 noch zwei Drittel der Befragten für den Grexit waren, sank die Zahl im Herbst 2015 trotz des Neins der Griechen bei der Volksabstimmung auf nur mehr 40 Prozent. Mit anderen Worten scheint sich die französische Bevölkerung allmählich an die Möglichkeit eines griechischen Staatsbankrotts gewöhnt zu haben.<sup>5</sup> Damit einher ging, dass die Lage inzwischen als weniger dramatisch erachtet wurde: Im November 2011 dachten laut Ifop 89 Prozent der Franzosen, wenn die griechische Schuldenfrage nicht gelöst werde,

würde dies schwere Folgen für die Eurozone haben. Im Juni 2015 meinten das nur noch 68 Prozent.<sup>6</sup>

- Wenn die Frage nicht präzisiert und nur allgemein danach gefragt wurde, ob die Befragten es wünschenswert fänden, Länder aus der Gemeinschaft auszuschließen, die Probleme bereiten, fiel der Anteil der Befürworter eines Grexit ungleich niedriger aus. Er stieg jedoch im Laufe der Zeit an – offenbar Anzeichen für einen gewissen Verdruss angesichts eines Problems, für das es keine Lösung zu geben schien, und entsprechend endloser Verhandlungen.

Zweitens lässt sich anhand einer soziodemografischen Darstellung der Befürworter und Gegner des Grexit im rechten politischen Spektrum eine deutlich rigidere Haltung gegenüber Griechenland ausmachen. Unter den Wählern rechtsextremer Parteien lagen die Zahlen am höchsten. Hier zeigt sich das offenbare Verlangen nach einer „starken Hand“, aber auch ganz allgemein eine Ablehnung des Euro. Je höher qualifiziert und je jünger die Befragten sind, umso seltener tendierten sie dazu, den Grexit zu befürworten.

**Abbildung 1: Anteil der Franzosen, die einen Ausstieg Griechenlands aus der Eurozone befürworten. Umfragen aus den Jahren 2011/2012 und von Februar bis Juli 2015**



Quelle: nationale Meinungsforschungsinstitute

Wortlaut der Frage:

- Odaxa: Wenn Sie persönlich entscheiden könnten, ob Griechenland in der Eurozone bleiben oder sie verlassen soll, was würden Sie angesichts der derzeitigen Probleme in diesem Land sagen?
- BVA: dieselbe Frage
- CSA: Wollen Sie, dass Griechenland in der Eurozone bleibt?

- Ifop1: Was ist Ihre persönliche Meinung: Wenn es Griechenland nicht gelingt, seine Schulden und sein Staatsdefizit zu tilgen, würden Sie dann seinen Ausschluss aus der Eurozone befürworten oder ablehnen?
- Ifop2: Was ist Ihre persönliche Meinung: Wenn Griechenland die Rückzahlung seiner Schulden an seine europäischen Partner einstellen würde, würden Sie dann seinen Ausschluss aus der Eurozone befürworten, eher befürworten, eher ablehnen oder ablehnen?

Einige andere, allgemeinere Fragen, die in diesen oder anderen Umfragen gestellt wurden, zeigen indes, dass die Franzosen seit 2010 mit überwältigender Mehrheit der Ansicht waren, dass es auf politischer Ebene keinen guten Umgang mit der europäischen Krise gebe. In einer Umfrage von CSA vom 9. und 10. Juli 2015 sprachen sich 90 Prozent der Befragten für eine „andere Europapolitik“ aus und 71 Prozent sahen die Zukunft der EU pessimistisch. Dabei wendet sich die öffentliche Meinung vor allem gegen eine Politik der rigiden Sparmaßnahmen:<sup>7</sup> 75 Prozent der Befragten waren der Ansicht, dass sich die europäischen Probleme auch anders als mit dem Mittel einer Austeritätspolitik lösen ließen. Mithin stand über der Meinung der Franzosen zu Griechenland ein allgemeines Misstrauen gegenüber den politischen Mechanismen der EU. Konkret auf den Fall Griechenland bezogen, plädierten 85 Prozent der Befragten für eine Umstrukturierung der griechischen Schulden (etwa durch einen teilweisen oder vollständigen Schuldenschnitt und eine Verlängerung der Kredite).<sup>8</sup>

In anderen Ländern Europas war die öffentliche Meinung gegenüber Griechenland oftmals strenger und repressiver. Eine Umfrage, die die Frage nach dem Grexit an Deutsche und Franzosen richtete, lässt einen signifikanten Unterschied erkennen, der sich mit der Zeit sogar noch verstärkte.<sup>9</sup> Auch das Nein der Griechen in der Volksabstimmung vom Juli 2015 wurde in Deutschland stärker verurteilt: 53 Prozent der Deutschen zeigen sich unzufrieden über das Abstimmungsergebnis (Umfrage von Ifop vom 6.-7. Juli 2015), gegenüber 28 Prozent der Franzosen (33 Prozent hatten dazu keine Meinung). Diese ablehnende Haltung war in Deutschland bei den Rentnern besonders stark ausgeprägt (62 Prozent gegenüber 30 Prozent in Frankreich). Dieser Unterschied zwischen den Generationen zeigt, dass in Deutschland mit seiner stark alternden Bevölkerung, hohen Rentenzahlungen und großen Lohnschnitten in der Vergangenheit nur eine geringe Bereitschaft besteht, für Griechenland zu zahlen. Diese Auffassung existiert natürlich auch in Frankreich, ist dort aber viel weniger verbreitet. Das liegt zum einen

darin, dass es in Frankreich keine derart umwälzenden Reformen gegeben hat wie im Deutschland der Nullerjahre. Ein anderer Grund ist, dass bestimmte französische Medien die griechische Bevölkerung als zweifaches Opfer darstellten – und Teile der öffentlichen Meinung in Frankreich sich offenbar stark mit der griechischen Bevölkerung solidarisierten –, und zwar als Opfer der eigenen Oligarchie sowie der europäischen Austeritätspolitik. Der Hauptfokus der französischen Medien lag eben auf dem Aspekt der Verarmung der griechischen Bevölkerung.

Dennoch lässt sich anhand der verschiedenen Umfragen erkennen, dass nicht nur Frankreich, sondern auch Deutschland in diesen Fragen gespalten war. Eine Einhelligkeit der Meinungen, wie sie die Medien, die gerne vereinfachen, glauben machen wollen, ist nicht zu erkennen: Während nach der Volksabstimmung in Griechenland 60 Prozent der Deutschen den Grexit befürworteten (Ifop), war der Anteil in Frankreich zwar deutlich geringer, aber immer noch sehr hoch (45 Prozent). Während 85 Prozent der Franzosen meinten, es sei ausgeschlossen, dass Griechenland seine Schulden vollständig zurückzahlen können, waren in Deutschland immerhin 67 Prozent derselben Ansicht. Und während sich 73 Prozent der Deutschen gegen einen teilweisen Schuldenschnitt aussprachen, waren 62 Prozent der Franzosen ihrer Meinung. Und fragte man die Franzosen (wie in der Ifop-Umfrage vom 7.-9. Juli 2015) direkt, ob sie Deutschlands Haltung gegenüber Griechenland für gerechtfertigt hielten, beantworteten 63 Prozent diese Frage mit Ja.

### Frankreichs Sozialsystem als „Auslaufmodell“

Die Griechenland-Krise ließ in Frankreich die Debatte über die problematischen Mechanismen der Eurozone wiederaufflammen. Sie wurde sogar instrumentalisiert, um die Mängel des französischen Sozialsystems an den Pranger zu stellen. Gewiss verbanden sich Gewicht und Bedeutung der Griechenland-Krise in der Debatte über die politische und wirtschaftliche Zukunft Frankreichs mit ohnehin schon schwelenden Ängsten vor einer krisenhaften Entwicklung im eigenen Land. In zwei Punkten kann man die Griechenland-Frage nicht von der sozio-ökonomischen Lage Frankreichs trennen, wobei beiden Punkten der Aspekt der Herabwürdigung gemeinsam ist:

- Ein „Bashing von außen“<sup>10</sup> hinsichtlich der wahrgenommenen Unfähigkeit Frankreichs, sein Sozialmodell zu reformieren und den Anforderungen einer globalisierten Wirtschaft anzupassen, was Frankreich zum nächsten „kranken Mann Europas“ machen könnte;

- Eine Herabwürdigung im eigenen Land, die vor allem manche Medien, Essayisten und Ökonomen verbreiteten, was sogar als regelrechter „Nationalsport“ angesehen werden kann.

### Der ständige Vergleich mit Griechenland

Die Griechenland-Krise kam zu einer Zeit auf, in der die politische Debatte in Frankreich sehr aufgeregt geführt wurde; Hintergrund dafür ist der Aufstieg extremistischer Parteien. Der Hinweis auf den Zerfall von Wirtschaft, Gesellschaft und politischer Führung war allgegenwärtig. Diese pessimistische Sichtweise, die seit zehn Jahren vorherrscht und sich unter dem Begriff „Deklinismus“ zu einer Strömung entwickelt hat, teilen Intellektuelle, Essayisten und Kolumnisten nach wie vor.<sup>11</sup> Neben den immer wieder vorgetragenen Empfehlungen der internationalen Institutionen (OECD, Internationaler Währungsfonds, Europäische Kommission), die Frankreich dazu anhalten, jene Hindernisse abzubauen, die seiner Wettbewerbsfähigkeit im Wege stehen, haben zwei von staatlicher Seite in Auftrag gegebene Berichte, der Camdessus-Bericht<sup>12</sup> und der Pébereau-Bericht,<sup>13</sup> stark zum Eindruck eines im Verfall begriffenen Landes beigetragen. Gerade der Pébereau-Bericht weist explizit auf die Gefahr eines Staatsbankrotts hin, sollte sich Frankreich weiterhin gegen eine Reform des Sozialsystems sperren. Es folgten weitere Berichte, insbesondere der Attali-Bericht von 2008 („Rapport de la Commission pour la libération de la croissance“, dt. „Bericht der Kommission zur Befreiung des Wachstums“) und der Gallois-Bericht vom November 2012 („Le rapport sur la compétitivité française“, dt. „Bericht zur Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs“), die ebenfalls auf die Dringlichkeit von Reformen hinwiesen.

Mit der Griechenland-Krise geriet die Gefahr eines Staatsbankrotts in der innerfranzösischen Debatte – bis dato eine ferne, abstrakte Bedrohung – in den Bereich des Möglichen. Der Hinweis, Frankreich könne dasselbe passieren wie Griechenland, ist im Grunde ein paternalistischer Fingerzeig nach dem Motto: „Da siehst du, was dir passieren kann, wenn du nicht aufpasst“. Die Politik und teils auch arbeitgebernahe Mittelsmänner<sup>14</sup> benutzten Griechenland häufig als abschreckendes Beispiel, um auf die schwierige finanzielle Lage des französischen Wohlfahrtsstaates und die negative Auswirkungen des französischen Sozialmodells auf die Wettbewerbsfähigkeit des Landes hinzuweisen. Dieses Beispiel scheint das kollektive Unterbewusstsein beeinflusst<sup>15</sup> zu haben. Es mag auch die wirtschaftspolitische Wende in den Jahren 2013/14 hin zur Stärkung der Angebotsseite begünstigt haben. Dennoch entbehrte dieser Vergleich jeglicher Grundlage:

- Der Vergleich unterstellt, die Parteien in Frankreich seien in Auflösung begriffen und der Staatsapparat außer Kontrolle, was eine klare Überzeichnung darstellt.
- Eine wirtschaftliche Schwäche Frankreichs fällt nur im Vergleich mit dem wirtschaftlich starken Deutschland ins Gewicht. Ansonsten bleibt Frankreich wirtschaftlich gesehen in allen Bereichen im europäischen Mittelfeld. Es hat Probleme bei der Angebotsseite, was auf das Thema der Reformen verweist, und bei den Absatzmärkten, was auf die nur schwach steigende Binnennachfrage und die Demografie seiner nächsten Nachbarn zurückzuführen ist (Deutschland, Italien, Spanien).
- Vor allem aber stützte sich die Behauptung, Frankreich könnte das nächste Griechenland werden, auf eine falsche Vorannahme über die griechische Wirtschaft: Das Land habe, genau wie Frankreich, vor der Krise ein allzu großzügiges Sozialsystem gepflegt. Tatsächlich aber prägten vor der Krise Willkür, Unzulänglichkeit und Ungleichheit das griechische Sozialsystem. Während die Renten seinen Dreh- und Angelpunkt bildeten, fielen alle anderen Bereiche dahinter zurück, etwa Arbeitslosigkeit, Familie, Krankheit, Arbeitsunfähigkeit, Wohnen. Die Gesamtausgaben der sozialen Sicherungssysteme lagen vor der Krise deutlich unter dem europäischen Durchschnitt (Tabelle 1), weit hinter Deutschland und nah an Ländern wie Großbritannien. Hinzu kamen hohe Schulausbildungskosten, die die Familien belasteten. Den wichtigen familiären Zusammenhalt gewährleisteten daher vor allem die Rentner, die allseits als sozialer Puffer fungierten. Dies führte zu dem verzerrten Bild, das Sozialsystem sei insgesamt zu großzügig angelegt.

Ein wichtiger Grund für Griechenlands Staatspleite lag im Versagen des Steuersystems, dessen Lücken bekannt sind: massive Flucht hoher Einkommensklassen, systematische Steuerbefreiungen für Reiche, allen voran die Reedereien, und gravierende Steuerhinterziehung durch Selbstständige, die ein Drittel der arbeitenden Bevölkerung ausmachen (bei den Angestellten werden die Steuern direkt vom Gehalt abgezogen, was Steuerhinterziehung erschwert). Hinzu kommen die Zahlungen für reglementierte Berufe, die Kaufkraft von den Haushalten abziehen.

All diese Aspekte haben dazu beigetragen, dass Griechenland, neben Rumänien und Bulgarien, eines der unsozialsten Sozialsysteme Europas besaß. Pointiert formuliert, hat eine winzige Minderheit der Bevölkerung extrem von diesem System profitiert und ein Drittel noch einige größere Vorteile daraus gezogen, und das



**Tabelle 1: Anteil der Sozialausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP)**

	2007			2013	
	Griechenland	Eurozone		Griechenland	Eurozone
<b>Gesamt</b>	15,8	17,7	<b>Gesamt</b>	19,2	20,3
Renten	12,1	11,1	Renten	15,9	12,7
Gesundheit	1,5	2,4	Gesundheit	1,5	2,7
Familie	0,7	1,5	Familie	0,7	1,6
Wohnen	0,4	0,4	Wohnen	0,1	0,4
Arbeitslosigkeit	0,8	1,6	Arbeitslosigkeit	0,9	1,9
Inklusion	0	0,5	Inklusion	0	0,6

Quelle: Eurostat, Zahlen nach COFOG

auf Kosten der Hälfte, wenn nicht gar zwei Dritteln der griechischen Bevölkerung.

Das soziale und politische Gefüge krankte somit in Griechenland (und krankt noch) an sehr spezifischen Problemen, was sich kaum mit Frankreich vergleichen lässt.

Wenn in der französischen Debatte dennoch immer wieder Parallelen zwischen den beiden Ländern gezogen wurden, um auf die Notwendigkeit von Reformen hinzuweisen, entstand nicht selten der Eindruck, Frankreich wäre die „soziale Hängematte“ Europas. In dieser aufgeladenen Atmosphäre haben Vertreter politischer Parteien, ebenso wie Intellektuelle und Experten verschiedener Bereiche, auf vielfältige Weise zur Griechenland-Frage und zur Vorgehensweise bei der Lösung der Krise Position bezogen.

### Die Instrumentalisierung Griechenlands in den Parteidebatten

In Frankreich hat Griechenland unter der Syriza-Regierung in zwei Parteien politische Verbündete gefunden, dem Front de Gauche und Europe écologie. Beide vertreten eine euroskeptische Haltung: Sie stellen sich gegen das Primat der Stabilität und die geforderten Strukturformen, befürworten das Projekt eines sozialen Europas und fordern vor allem die Bekämpfung von Steuerwettbewerb und „Steueroasen“ auf dem Kontinent. Beide Parteien unterstützten Yanis Varoufakis' Politik seit dem Sommer 2015 vorbehaltlos, auch was den Verbleib Griechenlands in der Eurozone<sup>16</sup> und die Einrichtung einer Parallelwährung<sup>17</sup> betraf. Zugleich war und ist dieser Block in der Frage des Euro-Ausstiegs gespalten. So nimmt der Vorsitzende des Front de Gauche, Jean-Luc Mélenchon, inzwischen eine härtere Position gegenüber Griechenland ein und denkt zumindest über eine mögliche Spaltung der Eurozone nach.<sup>18</sup>

Die Haltung der etablierten großen Parteien ist in dieser Frage zugleich ambivalenter und flexibler: Innerhalb

der Parti Socialiste (PS) brachte es die wirtschaftliche Wende der Jahre 2013/14 mit sich, dass Reformen zur Wiederbelebung der Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs zur Priorität gemacht wurden. Die Sozialisten zeigten sich solidarisch mit Griechenland, ohne dabei die Mechanismen der Eurozone grundlegend in Frage zu stellen. Aber es schwelt bis heute ein innerparteilicher Streit, wobei vor allem aus dem linken, „regierungskritischen“ Parteiflügel<sup>19</sup> skeptischere Stimmen zu Europa zu vernehmen sind. Mit der Einladung aus der Feder des damaligen Wirtschaftsministers unter François Hollande, Arnaud Montebourg, an den damaligen griechischen Finanzminister Varoufakis zur „Fête de la Rose“ am 23. August 2015, der Jahresversammlung der sozialistischen Abgeordneten, fand die unterstützende Einstellung des kritischen PS-Flügels zum Kurs der damaligen Syriza-Regierung ihren medialen Höhepunkt. Doch selbst die eher der Mitte zuzuordnenden Köpfe der Partei, wie etwa Emmanuel Macron, zeigten abseits der Mikrofone intellektuelles Einvernehmen mit Varoufakis. Eine Bemerkung des griechischen Finanzministers machte dann auch Schlagzeilen: „Ich schätze Emmanuel Macron sehr, ich kann Ihnen versichern, wenn wir miteinander diskutieren, sind wir in 80 Prozent der Fragen derselben Meinung“.<sup>20</sup>

Die Partei Les Républicains und die Zentrumsbewegung verfolgten, kaum überraschend, eine kompromisslosere Linie und forderten Reformen sowie die Rückkehr zu einem ausgeglichenen Staatshaushalt durch eine möglichst rasche Senkung der Ausgaben. Dabei spielten vor allem die Konservativen auf der Klaviatur des drohenden französischen Staatsbankrotts. Nach dem Regierungsantritt von Syriza nahmen sie eine noch strengere, ja sogar unnachgiebige Haltung zu Griechenland ein. Doch selbst in diesem politischen Lager herrschte keine Einigkeit darüber, wie mit dem Land zu verfahren sei. Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung im Sommer 2015 hielten einige Politiker aus der ersten Reihe, allen

voran Nicolas Sarkozy und Alain Juppé, einen Grexit für denkbar und sogar für wünschenswert. Andere, wie etwa der ehemalige Premierminister Jean-Pierre Raffarin, verwahrten sich gegen jeden Versuch, Länder aus der Eurozone zu drängen, während ein weiterer ehemaliger Premierminister, Dominique de Villepin, sogar für die griechische Regierung Partei ergriff: „Ich bin traurig über die Blindheit Europas.“ In Alexis Tsipras sehe er eine „Chance für Europa, einen jungen, unabhängigen Ministerpräsidenten [...], der von einem Großteil der griechischen Bevölkerung als glaubwürdig angesehen wird. [...] Alexis Tsipras besitzt eine Legitimation, auf der man aufbauen kann. Griechenland hat seinen Stolz zurückerlangt.“<sup>21</sup> Einige Gaullisten, darunter Henri Guaino, ehemals wichtigster Berater von Staatspräsident Sarkozy, waren der Ansicht, Alexis Tsipras' Haltung stehe in der Tradition des Gründers der Fünften Republik und seines Geists der Unabhängigkeit.

Der Front National (FN), die wichtigste rechtsextreme Partei, unterstützte Alexis Tsipras und instrumentalisierte die Griechenland-Krise, um die politischen Lager in Frankreich aufzumischen und seinen eigenen Rückhalt in der Arbeiterschaft zu stärken, die historisch betrachtet eher der kommunistischen Partei anhing. Dieses widersinnig erscheinende Bündnis ist nicht gar so abwegig, wenn man bedenkt, dass das Parteiprogramm des FN nationalistische, antieuropäische und euroskeptische Facetten ebenso wie soziale und sozialstaatliche Aspekte umfasst.

### Unterschiedliche Wahrnehmungen unter Fachleuten und Intellektuellen

Die verschiedenen Positionen der Intellektuellen in Frankreich nachzuzeichnen ist nahezu unmöglich. Das Hauptaugenmerk der Debatte lag jedoch, wie in der medialen Diskussion, auf der Frage nach notwendigen Strukturreformen, um die darbenenden Staatswirtschaften – allen voran Frankreichs – und eine Wiederannäherung innerhalb der Eurozone wiederanzukurbeln. Zudem thematisierten die Experten die nicht funktionierende Abstimmung innerhalb der Eurozone. Nur wenige Stimmen konzentrierten sich dabei ausschließlich auf Griechenland.

Auf den wirtschaftlichen Aspekt beschränkt lässt sich ein deutlicher Gegensatz zwischen Experten, die für Unternehmen oder überstaatliche Institutionen arbeiten, und Wissenschaftlern erkennen. In der ersten Gruppe dominierte das Credo der „Alternativlosigkeit“, vor allem bei den Bankiers, die Europas harte Linie gegenüber Griechenland wie auch gegenüber Frankreich für vernünftig hielten. Vertreter aus der Wissenschaft hingegen waren

einheitlich der Meinung, dass die Art und Weise, wie mit Griechenland umgegangen wurde, aus wirtschaftlicher Sicht Unsinn sei; zugleich setzten sie sich nachdrücklich dafür ein, in Frankreich Reformen anzustoßen, vor allem hinsichtlich der Renten und der starren Strukturen im Waren- und Arbeitsmarkt.

Was den dritten Rettungsschirm vom Juli 2015 betrifft, waren sich die Wissenschaftler über alle Lager hinweg darin einig, dass es, erstens, unsinnig sei, keinen Schuldenschnitt zu akzeptieren und, zweitens, derart strenge Strukturreformen zu fordern. In der kontroversen Debatte zu den verschiedenen Reformprogrammen stießen die von Griechenland geforderten Reformen des Rentensystems und des Arbeitsmarkts, deren Terminierung und Umfang sowie die Verweigerung eines teilweisen Schuldenschnitts bei den Befragten auf einhelliges Missfallen, von Thomas Piketty bis hin zu Jean Tirole, der sich zwar nicht ausdrücklich zu Griechenland äußerte, aber doch eine grundlegende Reform der Eurozone forderte. Gegen die vorgebliche Wirksamkeit eines strengen Sparkurses stellte er die Notwendigkeit, nationale Hoheiten aufzugeben, damit Strukturreformen möglich seien, die dem gesamten Euroraum helfen sollten.<sup>22</sup> Auch im angelsächsischen Raum findet sich diese Einhelligkeit, sodass Ökonomen unterschiedlichster Weltanschauung (wie etwa Kenneth Rogoff, Paul Krugman, Larry Summers oder Christopher Pissarides) in ihrer kritischen Haltung zur Strategie der EU einander die Hand reichten, wenn auch aus ganz unterschiedlichen Gründen. Kurz gefasst: Die Ökonomen misstrauten der Architektur der vorgeschlagenen Lösungen. Dabei muss zumindest eine Gegenstimme genannt werden: Olivier Blanchard, ehemaliger Chefökonom des Internationalen Währungsfonds, hat immer wieder die Alternativlosigkeit der geforderten Maßnahmen betont,<sup>23</sup> musste aber auch eingestehen, dass die Bedeutung der Multiplikatoren unterschätzt worden sei, was die Wirkung der Maßnahmen schmälerte. Zudem hat er sich auch für einen teilweisen Schuldenschnitt ausgesprochen.

## Griechenland und restriktive Haushaltspolitik – der Mittelweg der französischen Regierung

### Griechenlands enttäuschte Erwartungen an Frankreich

Während seiner ersten Amtszeit vom 25. Januar bis zum 27. August 2015 setzte Alexis Tsipras viele Hoffnungen auf Frankreich. Er sah das Land als Garant eines neuen europäischen Abkommens für Wachstum, Arbeit und sozialen Zusammenhalt.<sup>24</sup> Diese Erwartungshaltung lässt

sich bis zur Wahl François Hollandes zum französischen Präsidenten im Mai 2012 zurückverfolgen. Der damalige Regierungswechsel wurde in der griechischen Öffentlichkeit als Chance auf eine andere Reformpolitik der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und auf ein neues europäisches Abkommen wahrgenommen. Man erhoffte sich davon mehr Solidarität und mehr Unterstützung für die hochverschuldeten Wirtschaften, wie etwa Griechenlands.

Griechenland war und ist der Auffassung, dass die französische Tradition eines in Wirtschaftsfragen voluntaristischen Staates dazu dienlich sei, den Willen des Volkes auszudrücken, was wiederum die Möglichkeit eröffne, sich auf eine Reform des europäischen Führungssystems zuzubewegen. Für Griechenland war dies der beste Weg, solange Deutschland darauf bestand, dass ein demokratischer Prozess nur dann legitimiert sei, wenn er sich an die Verfassung und die Gesetze hält („Recht statt Politik“). Im Gegensatz zu dieser deutschen Haltung, die eine „Juridisierung“ der Funktionsweise der Eurozone anstrebt, zu der auch die Möglichkeit zählt, automatische Sanktionen zu verhängen, wenn sich ein Mitgliedstaat nicht regelkonform verhält, hat Frankreich stets einen politischer geprägten Blick auf Europa vertreten. Bis dato hat sich indes die deutsche Haltung durchgesetzt. Daraus sind die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank als Überwachungsorgane der Wirtschaftsführung gestärkt hervorgegangen. Die französische Lösung, die eine Umstrukturierung der EU vorsieht, indem die Institutionen der Eurozone politisiert werden und sie öffentliche Verantwortung übertragen bekommen, um besser auf Konflikte und Erschütterungen reagieren zu können, liegt auf Eis.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die Griechenland-Krise den fundamentalen Unterschied in der Wahrnehmung des europäischen Projekts zwischen Frankreich und Deutschland offenbart hat. Das föderale Deutschland tritt für eine monetaristische Politik ein, die auf klar definierten, festgelegten Regeln basiert (legalistischer Ansatz) und setzt auf eine Agenda vorgefertigter Reformen, die die kreditnehmenden Länder, wie beispielsweise Griechenland, umzusetzen haben. Dagegen bleibt Frankreichs Position hinsichtlich des Umbaus der WWU vage und unentschlossen. Es will seine nationale Souveränität selbst nicht beschneiden und schwankt permanent zwischen einer Legitimierung der Regeln und der Gewährung von Ausnahmen zum Stabilitätspakt, sowohl was das eigene Land als auch was andere Länder betrifft. Seit Hollandes Wahl zum Staatspräsidenten konnte Paris nicht die Idee durchsetzen, die Verantwortlichkeiten im

Umgang mit der Krise zu erweitern, sei es in Bezug auf die Banken oder auf überschuldete Länder.

Aus all diesen Gründen sind die französischen Erklärungen zur Notwendigkeit einer europäischen Regierung und der Rolle eines künftigen Finanzministers der Eurozone ungehört verklungen. Die Trägheit der Institutionen hat letztlich dazu geführt, dass die Krise stets nur von Notfall zu Notfall behandelt wurde: mithilfe von Rettungsschirmen zu extrem ungünstigen Konditionen und, im Falle Griechenlands, des Verlusts der Steuerhoheit. Insofern haben die Griechenland-Krise und das Misslingen einer „systemischen“ Lösung die Schwächen der Architektur der WWU aufgezeigt, wie auch die Unzulänglichkeit Frankreichs, als Vermittler und Reformator der EU aufzutreten.

Entsprechend groß war die Enttäuschung bei den Griechen. Zu Beginn der Regierungszeit des damaligen Premierministers Jean-Marc Ayrault gab es klare Erwartungen: Die soziale Dimension der WWU sollte endlich wieder gestärkt werden und die hochverschuldeten Staaten sollten die Möglichkeit erhalten, ihre Politik zu „resozialisieren“. François Hollande wandte sich in seiner Wahlkampagne offen gegen die von Deutschland verfochtene Stabilitäts- und Austeritätspolitik. Nach der Wahl blickte er jedoch erst einmal nach innen und konzentrierte sich auf die Neuausrichtung der Politik im eigenen Land. Bis zur ersten Kabinettsumbildung im August 2014 scheute sich Hollande – wenngleich er immer wieder auf den „Konstruktionsfehler“ der Eurozone hinwies –, auf europäischer Ebene die Initiative zu ergreifen, was nicht ohne Folgen für die Griechenland-Krise blieb.

Der Europäische Rat zeigte sich im Oktober und Dezember 2013 entschlossen, die Eurozone im Bereich Haushalts- und Wirtschaftspolitik zu stärken. Hier waren sich Frankreich und Griechenland in zwei Punkten einig. Zum einen sprachen sie sich für eine Intensivierung der sozialen Dimension der WWU aus: Die soziale Ausrichtung der EU bei Arbeit, gesellschaftlichem Zusammenhalt und sozialem Schutz sollte in die neue Wirtschaftspolitik einbezogen werden. Politik und Verwaltung beider Länder standen diesbezüglich miteinander in engem Kontakt, um ihre jeweilige Sicht auf die Dinge zu diskutieren und die Positionen aufeinander abzustimmen. Zum anderen wollten Frankreich und Griechenland dem zunehmenden Interventionismus der Kommission bei den Mitgliedstaaten Einhalt gebieten. Dies betraf zuallererst die Rolle der Kommission und der Troika im Umgang mit der Griechenland-Krise. Frankreich wollte soziale Indikatoren einführen, die bei der Bewertung jener Mitgliedstaaten zu berücksichtigen wären, die im Rahmen des

Haushaltspakts, und vor allem in Form von Memoranden im Rahmen der Strukturreformpläne, gezwungen waren, eine strenge Austeritätspolitik zu verfolgen. So könnten bestimmten Mitgliedsländern, wie etwa Griechenland, anhand von Kriterien wie Arbeitslosen- oder Armutsquote ein größerer Handlungsspielraum eingeräumt werden. Während der griechischen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2014 entwickelten die beiden Länder eine gemeinsame Prioritätenliste, und Frankreich erklärte, es wolle für eine Förderung von Wachstum und Arbeit und die Stärkung der WWU eintreten.<sup>25</sup> Doch eine Reihe negativer Ereignisse sollte diese voluntaristische Strategie im Umgang mit der europäischen Krise unter anfänglicher Führung Frankreichs bald in eine andere Richtung lenken.

### Hollandes Rückkehr zur europäischen Reformpolitik

Anfang 2014 drückte der französische Rechnungshof seine Besorgnis darüber aus, dass es Frankreich womöglich nicht gelingen werde, sein Haushaltsdefizit zu senken, das zu der Zeit über 3 Prozent lag.<sup>26</sup> Vorausgegangen waren zahlreiche Verstöße unter den Staatspräsidenten Chirac und Sarkozy. Im März 2014 wurde die französische Wirtschaft offiziell unter europäische Aufsicht gestellt, was unter anderem<sup>27</sup> dazu führte, dass das Vertrauen in Hollande auf ein historisches Tief sank (17 Prozent Zustimmung in den Meinungsumfragen<sup>28</sup>). Der Bericht der Kommission für Beschäftigung und Soziales des Europäischen Parlaments zur Rolle der Troika vom Februar 2014 blieb aus diesem Grund in Frankreich unbeachtet. Im Frühjahr 2014 verschärften die Niederlage der PS bei den Kommunalwahlen und der Triumph des FN bei den Europawahlen noch die innenpolitische Lage. Im Mai 2014 sprach sich Oppositionsführer Nicolas Sarkozy für eine große deutsch-französische Wirtschaftszone aus, die in der Eurozone für Zusammenhalt und Stabilität sorgen sollte. Sarkozy forderte eine grundlegende Erneuerung der EU, die für ihn ein „Zivilisationsmodell“ sei. Dabei setzte er sich zugleich für ein starkes Europa und für die Verteidigung der französischen Identität ein, das heißt für die „Besonderheiten des französischen Modells“. Eine solche gemeinsame Wirtschaftszone werde es Frankreich erlauben, so Sarkozy, „seine Interessen gegenüber den deutschen Wettbewerbern durch die Nivellierung seiner fiskalischen und sozialen Nachteile besser zu vertreten“ und „sodann die Führung der 18 Länder der Währungsunion zu übernehmen“.<sup>29</sup> Derart unter Druck gesetzt, entschied sich François Hollande für einen radikalen Umbau seiner Regierung und leitete eine politische Wende ein; er gedachte nun, wirtschaftspolitisch vor allem die

Angebotsseite im eigenen Land zu fördern. Regierungsmitglieder des linken Flügels seiner Partei wurden durch Personen aus der politischen Mitte ersetzt, so Arnaud Montebourg durch Emmanuel Macron. Das darbenende deutsch-französische Verhältnis versuchte Hollande zu bessern, indem er seinen Sinneswandel hinsichtlich seiner Europapolitik und der Haltung Frankreichs in der Frage des Wirtschaftssystems sowie des Umgangs mit der Krise bekräftigte.

Auf der Suche nach einem für alle akzeptablen Kompromiss übten Frankreich und Italien wechselseitig Druck aus, um eine Lockerung der Regeln zur Haushaltsstabilität zu erwirken. Deutschland dagegen schlug vor, die Kosten für die anstehenden Reformen nicht in die Berechnung der Obergrenze des Haushaltsdefizits von 3 Prozent des BIP einzuberechnen. Da die Frage des Haushaltsdefizits Frankreichs Glaubwürdigkeit schwächte, schwang sich dessen Regierung zum nachdrücklichen Befürworter von Strukturreformen auf (u. a. Reformen des Arbeitsmarkts, der sozialen Sicherungssysteme und der Arbeitslosenversicherung sowie die Öffnung bestimmter reglementierter Berufe). Angesichts seiner durch das französische Defizit geschwächten Position achtete Hollande zudem darauf, jegliche Zugeständnisse zu vermeiden, die ihm den Vorwurf einbringen könnten, die sozialen Sicherungssysteme zu großzügig zu gestalten. Daraufhin trat in Brüssel eine gewisse Normalisierung mit Blick auf die französische Wirtschaftspolitik ein. Die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit durch Senkung der Beitragszahlungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, der öffentlichen Schulden und der Steuern war ein Programm der französischen Regierung, das unter dem Titel „Pacte de responsabilité et de solidarité“ („Pakt der Verantwortung und Solidarität“) für den Zeitraum bis 2017 beschlossen wurde. Wenngleich Frankreich auf der Sitzung des Europäischen Rats vom 30. August 2014 noch offiziell versuchte, die Frist für die Senkung des eigenen Defizits zu verlängern,<sup>30</sup> entfernte es sich Schritt für Schritt von seiner anfänglichen Haltung – wobei es die Frage des Wachstums in europäische Hände legte –, und damit auch von Griechenland. Die französische Regierung übte Druck auf die EU aus, um Investitionen zu fördern und in Fragen der Haushaltsanpassungen eine gewisse Flexibilität zu erreichen. Im Herbst 2014 unterstützte die griechische Regierung die Kandidatur des Franzosen Pierre Moscovici für den Posten des Wirtschafts- und Währungskommissars der EU-Kommission, in der Hoffnung, dieser könne dafür sorgen, dass die Griechenland-Frage dort offener debattiert werde. Tatsächlich aber sollte Moscovici, nach dem Willen Frankreichs und der

EU, die Wende der Sozialisten hin zur Reformbereitschaft voranbringen und in seiner Funktion die Leistungen der Mitgliedsländer, nicht zuletzt seines eigenen Landes, kontrollieren. Dies beschädigte das Verhältnis zwischen Frankreich und den anderen Ländern Südeuropas deutlich. Unter der Kommission Barroso, die sich entschlossener denn je zeigte und Frankreichs Haushaltsentwurf für 2015 ablehnte,<sup>31</sup> distanzierte sich Frankreich immer mehr von Südeuropa und insbesondere von Griechenland.

### Frankreich zwischen Vermittlung und Eigeninteresse

Im Anschluss an diese Periode, in der Frankreich auf Distanz zu Griechenland ging, sah es sich durch die Regierungsübernahme von Syriza gezwungen, in der griechischen Schuldenfrage Position zu beziehen. Da Paris wusste, dass ein griechischer Staatsbankrott Frankreich teuer zu stehen käme, kam es zu der Überzeugung, dass zwar ein vollständiger Schuldenschnitt unrealistisch, andere Umstrukturierungsmaßnahmen jedoch möglich wären. Syriza versuchte darauf hinzuwirken, die Frage wieder mehr aus einem politischen Blickwinkel zu betrachten, und hoffte, Frankreich könne eine Vermittlerrolle zwischen Griechenland und der EU übernehmen. Hollande indes verfolgte das Ziel, Griechenland zu einer „Normalisierung“ und zu wirtschaftlicher Realpolitik zu bewegen, obwohl er in seinen Formulierungen immer wieder zu erkennen gab, dass das Problem vorrangig politischer Natur sei, das heißt auf einer schlechten Koordinierung auf europäischer Ebene basiere, die sich nur durch die Bildung einer echten Regierung der Eurozone und durch eine Haushaltserhöhung beheben ließe, welche Investitionen und Transferleistungen ermögliche, um in Krisenzeiten kontrazyklische Maßnahmen zu ergreifen. Dies ist im Übrigen der Grund, weshalb sich Frankreich immer schon offener gegenüber einem teilweisen Schuldenerlass Griechenlands gezeigt hat. Pierre Moscovici ging sogar so weit, die Vorgehensweise der Kommission, einmal im Jahr eine Empfehlung zur Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten auszusprechen, offen zu kritisieren und einen Ansatz vorzuschlagen, der von strategischerer Natur und weniger interventionistisch wäre, was Strukturereformen betraf.

Von Februar 2015 an bemühte sich Frankreich zugleich, die deutsch-französischen Beziehungen wieder zu verbessern, sah sich aber weiterhin auch als wichtige Schaltstelle für die Verhandlungen mit Griechenland. Das reanimierte deutsch-französische Tandem konterkarierte Tsipras' Strategie, der die Unstimmigkeiten in den deutsch-französischen Beziehungen für seine

Zwecke nutzen wollen. Frankreich schwenkte nun vollständig auf die Linie Deutschlands ein, allerdings nur, weil ihm keine andere Wahl blieb.<sup>32</sup> Fortan musste Griechenland jeder Bitte um ein neues Abkommen einen Reformplan beilegen. Berlin und Paris machten im ersten Halbjahr 2015 Athen deutlich, dass Reformen unabdingbare Voraussetzung für den Verbleib des Landes in der Eurozone seien. Die Meinungsverschiedenheiten wegen überfälliger Reformen im Führungssystem der Eurozone blieben zwischen Frankreich und Deutschland bestehen, in der Griechenland-Frage demonstrierten sie nunmehr allerdings Einigkeit.

Dennoch bemühte sich Frankreich immer wieder darum, das politische Projekt Europa voranzubringen. So sprachen sich Emmanuel Macron, unterstützt durch Sigmar Gabriel, und auch Hollande selbst für eine europäische Führung der Eurozone aus. Der französische Staatspräsident brachte sogar Jacques Delors' Vorschlag für ein neues Führungssystem der Eurozone in die Debatte ein: Delors wollte eine Art „Vorposten“ innerhalb der Währungsunion schaffen,<sup>33</sup> forderte ein eigenes Budget für die Eurozone und die direkte Einbindung des europäischen Parlaments, um eine demokratische Kontrolle der Entscheidungen zu ermöglichen, sowie die Einführung eines Mindestlohns und eine pauschale Steuer für Unternehmen. Die Vorschläge aus Paris hätten allerdings Beschneidungen der nationalen Souveränität zur Folge gehabt und mittelfristig nach einem neuen Bündnisvertrag der Europäischen Union verlangt, was wiederum die politischen Eliten im Land schreckte. Denn ein erneutes nationales Referendum läuft Gefahr, von der Wählerschaft mit einem Nein beantwortet zu werden.

Während der Krise im Juli 2015 sprach Hollande seine Besorgnis darüber aus, dass ein Staatsbankrott Griechenlands negative Auswirkungen auf das gesamte europäische Projekt haben könnte. Aus Frankreichs Sicht wäre der Grexit der Beweis für die Funktionsunfähigkeit der Eurozone und würde harten Sanktionen gegen Länder, die nicht den Regeln der Haushaltsdisziplin gehorchen, Tür und Tor öffnen. Er würde das Unvermögen der Eurozone demonstrieren, eine kleine, räumlich begrenzte Erschütterung auszuhalten; dieses Eingeständnis des eigenen Versagens würde die Eurozone jeder Glaubwürdigkeit berauben, auch größere Unwägbarkeiten meistern zu können, die der Grexit noch wahrscheinlicher machen würde. Die Überzeugung, der Grexit würde unausweichlich zu einer solchen systemischen Erschütterung führen, war ein Kernpunkt der französischen Position und mithin eine vernunftgesteuerte Überlegung. Sie führte indes dazu, dass bei der letzten Verhandlung vom 12. Juli 2015



ein Riss durch die Eurozone ging, zwischen Frankreich (mit Österreich und Italien) und Deutschland (mit der Slowakei und Finnland). Deutschland vertrat die Ansicht, Vorbedingung für eine Fiskalunion sei die Beendigung der Rettungsprogramme und eine Harmonisierung der Wirtschaft in der Eurozone. Diese Strategie müsse unter allen Umständen durchgesetzt werden, koste es, was es wolle; ob nun mit einem „harten“ Kern und baldiger „Annäherung“ oder „mit unterschiedlicher Geschwindigkeit“, jedes mögliche Szenario sei denkbar, solange der Konsolidierungsprozess in bestimmten Mitgliedstaaten zu Ende geführt werde. Im Rahmen dieser Strategie schlug Wolfgang Schäuble einen vorübergehenden Ausstieg Griechenlands aus dem Euro vor.<sup>34</sup> Frankreich hüllte sich in „zustimmendes“ Schweigen, was Deutschland sehr zupass kam, da es nun gegenüber seiner eigenen Bevölkerung einen europäischen Konsens fordern konnte, um seine harte Linie gegenüber der griechischen Regierung zu legitimieren, und zugleich Frankreich als Alibi für seine europäische Hegemonie benutzen konnte. Übrigens mobilisierte Frankreich für diese letzte Verhandlung im Juli 2015 seine besten Verhandlungsführer, um die neuen Zugeständnisse Griechenlands gegenüber den Geldgebern zu formulieren.

Obwohl François Hollande den griechischen Volksentscheid als Misstrauen gegenüber Frankreich wertete, imponierte ihm Tsipras, indes nicht als neuer Anführer der radikalen Linken in Griechenland, sondern als Neuling auf der griechischen und europäischen Bühne, dem es gelang, einige politische Schlachten für sich zu entscheiden, wenngleich er in den ideologischen Kämpfen unterlag. Durch die Volksabstimmung vom 5. Juli und die Neuwahlen vom 20. September 2015 versuchte sich Tsipras als der Mann zu inszenieren, der für eine politische Lösung und die Stabilität des Landes unerlässlich sei. Frankreichs Eintreten für den Verbleib Griechenlands in der Eurozone und die anschließenden Reformen, die im Rahmen des dritten Rettungspakets umzusetzen sind, verschaffte Hollande Einfluss im Süden. Damit bildete Frankreich ein Gegenwicht zur Übermacht Deutschlands in Wirtschaftsfragen und sicherte sich zugleich eine Position, um auch von den Privatisierungen in Griechenland zu profitieren. Um dabei keine Fronten mit Deutschland aufzubauen, knüpfte Frankreich die Umstrukturierung der Schulden an die Bedingung, dass tatsächlich Reformen erfolgen. Auch aus diesem Grund bot es seine Hilfe bei deren verwaltungstechnischer und steuerlicher Umsetzung an.

## Abschließende Bemerkungen

Die Suche nach einer Positionierung in der Griechenland-Krise hat in Frankreich Bruchlinien offengelegt, die bereits zuvor in der landesinternen Debatte existierten. Diese Debatte – chaotisch, leidenschaftlich, oft kontrafaktisch<sup>35</sup> – ließ Griechenland zum Sinnbild nationalen und europäischen Versagens werden; Gegenstand allgemeiner Besorgnis war es nur nachrangig. So ging es in der französischen Debatte weniger um mögliche Lösungen der Griechenland-Krise, die im Interesse des griechischen Volkes oder zumindest seiner Partner wären, als vielmehr um die allgemeinen und grundlegenden Fragen einer strengen Haushaltspolitik, einer Strukturreform der Eurozone, die aus der Krise erwachsen könnte, sowie der undemokratischen, asymmetrischen Entscheidungsfindung in der EU.

Nach seiner Wahl zum Präsidenten hatte François Hollande ursprünglich mit der Idee gespielt, sich als Anführer einer Koalition der Länder Südeuropas gegen die Austeritätspolitik zu stellen. Doch war er weder fähig, die öffentliche Meinung von den Vorteilen einer Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik in der Eurozone zu überzeugen noch eine übergreifende alternative Struktur dafür zu entwerfen. Ökonomisch geschwächt, orientierungslos und politisch gespalten, war Frankreich nicht stark genug, um sich gegen das ordoliberalen Narrativ zur Wehr zu setzen, das Deutschland für Europa entworfen hatte. Es musste sich, wie Griechenland, von einer Koalition mit Spanien und Italien verabschieden. Im Übrigen lag darin auch gar nicht Frankreichs eigentliches Interesse. Da es in der jüngeren Vergangenheit von sehr niedrigen Darlehenszinsen profitierte, seine Wirtschaft aber zugleich im europäischen Vergleich als ziemlich instabil galt, hätte Frankreich durch eine derartige Koalition riskiert, finanziell in noch größere Schwierigkeiten zu geraten. Zudem schwächten Frankreichs erlahmende Wirtschaft und seine wiederholten Probleme, das eigene Defizit unter die von der EU vorgegebenen Grenzwerte zu senken, seinen Einfluss. Insofern war es für Frankreich, das verzweifelt seine eigene „Wettbewerbsfähigkeit“ zu steigern versuchte, nach der in Europa herrschenden politischen Meinung schwierig, sich selbst als Vorbild zu inszenieren.

Durch seine Beteiligung an der Lösung der Griechenland-Krise im Juli 2015 konnte sich Hollande wieder auf andere Pfade begeben und zumindest eine gewisse Führungsstärke demonstrieren, um die linke Wählerschaft zurückzugewinnen. Letzten Endes ist es nicht übertrieben zu behaupten, dass das dritte Rettungspaket nicht beschlossen wurde, um Griechenland zu retten, sondern vor allem Europa, den Euro und die deutsch-französischen Beziehungen.

**Filippa Chatzistavrou** ist Forscherin der Hellenic Foundation for European and Foreign Policy (ELIAMEP) und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Athen.

**Olivier Passet** ist Leiter Wirtschaftsanalysen bei der Groupe XERFI. Aus dem Französischen von Frank Sievers.

## Anmerkungen

- 1 3.5.2010, 7.9.2011, 21.2.2012 und 15.7.2015.
- 2 Folgt man dieser Ansicht, wäre Frankreich nicht in der Lage, seine Wirtschaft auf eine Weise zu reformieren, dass es seine Wettbewerbsfähigkeit wiedererlangt, oder sich den Anforderungen zu stellen, die der feste Wechselkurs innerhalb der Eurozone mit sich bringt.
- 3 Insbesondere durch den Stabilitätspakt und die ungenügenden zwischenstaatlichen Geldflüsse.
- 4 Vgl. Ifop, 11. und 12.2.2010: 46 % der Befragten stimmen folgendem Satz zu: „Griechenland muss für seine Staatsschulden die Verantwortung übernehmen und notfalls aus der Eurozone austreten.“
- 5 85 % der Franzosen glaubten im Juli 2015, dass Griechenland das geliehene Geld niemals zurückzahlen wird (Umfrage von Ifop, Juli 2015).
- 6 Vgl. Ifop, 2.-4.11.2011 und 19.-20.6.2015. Laut einer Umfrage von Ifop vom 6.-7.7.2015 dachten zudem 46 % der Befragten, dass ein Grexit „gravierende Auswirkungen auf die anderen Länder der Eurozone“ haben werde, gegenüber 26 % der Deutschen.
- 7 Vgl. Meinungsumfrage von Odaxa vom 7.7.2015.
- 8 Laut dieser Umfrage, in der Griechenland am schlechtesten abschneidet, plädieren nur 15 % für die Rückzahlung aller Schulden, während sich 29 % für einen teilweisen oder vollständigen Schuldenschnitt aussprechen und 55 % für eine Verlängerung der Kredite.
- 9 In den Ifop-Umfragen sprechen sich im November 2011 81 % der Deutschen im Falle eines griechischen Staatsbankrotts für den Grexit aus, im Juni 2012 78 % und im Juli 2015, nach der Volksabstimmung, immer noch 60 %. In Frankreich liegen die Werte bei 73, 65 und 45 %.
- 10 Vor allem in den angelsächsischen Medien, die von der Unreformierbarkeit der französischen Wirtschaft aufgrund verschiedenster soziologischer Hemmnisse sprechen, überspitzt formuliert vom Economist, der am 17.11.2012 mit dem Titel „The time-bomb at the heart of Europe“ („Die Zeitbombe im Herzen Europas“) aufmachte. In Deutschland sei etwa auf die mediale Verbreitung bestimmter Äußerungen Wolfgang Schäubles hingewiesen, etwa in der Brookings Institution in Washington („Frankreich wäre froh, wenn jemand das Parlament zwingen könnte, aber das ist Demokratie, das ist schwierig“), wo er weiter ausführt, die französische Regierung bräuchte ebenfalls eine Troika, die sie zum Handeln zwingt. Ganz zu schweigen von dem bissigen Kommentar eines Marko Martin in der Welt vom 19.11.2012: „Mit Baguettes und Baguette in die Staatspleite“. Dies sind nur einige Beispiele.
- 11 Seit der Veröffentlichung seines Essays „La France qui tombe“ („Das fallende Frankreich“) ist Nicolas Baverez der Fahnenträger und Vorreiter der Strömung des „Deklinismus“, der sich zahlreiche andere Essayisten wie auch Ökonomen angeschlossen haben, u. a. Christian Saint-Etienne, France: état d'urgence („Frankreich: Notstand“), Paris 2013, oder Augustin Landier und David Thesmar, 10 idées qui coulent la France („10 Vorstellungen, die Frankreich ruinieren“), Paris 2013.
- 12 Vgl. Le sursaut – Vers une nouvelle croissance pour la France („Der Sprung – Für ein neues Wachstum in Frankreich“), offizieller Bericht im Auftrag von Nicolas Sarkozy, Mai 2004.
- 13 Vgl. Rompre avec la facilité de la dette publique („Für ein Ende der einfachen Lösung durch öffentliche Schulden“), im Auftrag von Thierry Breton, Juli 2005.
- 14 Unter anderem sagt Pierre Gattaz, der Präsident des MEDEF, des wichtigsten Arbeitgeberverbands in Frankreich, in einem Interview mit dem Figaro vom 21.7.2014: „Die wirtschaftliche Lage des Landes ist katastrophal ... wäre Frankreich ein Unternehmen, hätte es längst Konkurs anmelden müssen und stünde kurz vor der Liquidierung.“
- 15 Im November 2011 waren laut einer Ifop-Umfrage 57 % der Franzosen der Meinung, Frankreich könnte in den nächsten Monaten oder Jahren demselben Schicksal entgegengehen wie Griechenland und ebenfalls zahlungsunfähig werden.
- 16 Die offizielle, 2011 erneut bekräftigte Position beider Parteien lautet, dass Griechenland im Währungsgebiet bleiben soll.
- 17 Im Fall Griechenlands würde der Staat, sollte er seine Lieferanten und Beamten nicht mehr in Euro bezahlen können, Schuldscheine ausgeben, auch bekannt unter dem Kürzel IOU (vom Englischen „I owe you“, „Ich schulde Ihnen“). Dabei handelt es sich um Gutscheine mit dem Versprechen auf künftige Zahlung.
- 18 Diese Entwicklung ist zum einen auf die gewandelte Meinung in der Wählerschaft des Front de Gauche zurückzuführen, vor allem aber darauf, dass die radikale Linke ihr Programm in der Eurozone nicht durchsetzen konnte, wovon Tsipras' „Kapitulation“ vom Juli 2015 zeugt.
- 19 Eine kritische Gruppierung innerhalb des linken Flügels der PS, die sich gegen die von Präsident François Hollande und Ministerpräsident Manuel Valls propagierte Politik zur Stärkung der Angebotsseite stellt.
- 20 Vgl. BFMTV, 25.9.2015. Das heißt natürlich nicht, dass zwischen den beiden Politikern nicht in wichtigen Punkten Uneinigkeit herrscht, aber der Satz zeugt von einem stillen Einverständnis der linken, intellektuellen Eliten Frankreichs mit Yanis Varoufakis, vor allem mit seinem unorthodoxen Verhalten als Wissenschaftler, indes weniger mit seinem Auftreten als Minister (ähnlich wie bei Paul Krugman oder Joseph Stiglitz).
- 21 Vgl. BFMTV und RMC, 7.7.2015.
- 22 Vgl. Jean Tirole, Pour un fédéralisme européen („Für einen europäischen Föderalismus“), in: Le Monde, 23.6.2015.
- 23 Vgl. Olivier Blanchard, Grèce: bilan des critiques et perspectives d'avenir („Griechenland: Bilanz der Kritik und der Zukunftsperspektiven“), Abteilung für wissenschaftliche Studien, IWF, 9.7.2015.
- 24 Vgl. Alexis Tsipras bei seinem ersten offiziellen Besuch als Premierminister bei François Hollande am 5.2.2015.
- 25 Vor Beginn der griechischen EU-Ratspräsidentschaft (Januar-Juni 2014) besucht Thierry Repentin, der Minister für europäische Angelegenheiten im französischen Außenministerium, Griechenland am 9.12.2013, um Frankreichs Vorschläge für eine soziale Wende in Europa während der griechischen und italienischen Ratspräsidentschaften vorzustellen.
- 26 Vgl. Le rapport public annuel 2014, Bd. I, Vol. I-1, Les Finances publiques, Les politiques publiques, Französischer Rechnungshof, Februar 2014, S. 25-32.
- 27 Schon 2011 war Hollandes Popularität mit dem erneuten Einbruch der Wirtschaft, der darauf stark steigenden Arbeitslosigkeit und der Rücknahme zahlreicher Wahlversprechen stark gesunken.
- 28 Nach dem Baromètre du Figaro (Umfrage durch TNS Sofrès) fällt Hollande im März 2014 auf einen Zustimmungswert von 17 %.
- 29 Vgl. Kolumne vom 20.5.2014, veröffentlicht in Le Point und Die Welt.
- 30 Die Umstände sprachen im Übrigen viel eher für eine solche Verlängerung als noch 2012, als Frankreich kurzzeitig ein Defizit von 4,5 % des BIP verzeichnete.
- 31 Daraufhin präsentierte Frankreich in einem zweiten Schritt neue Maßnahmen zur Reduzierung seines Haushaltsdefizits von 3,6 Mrd. Euro.
- 32 Tatsächlich war Frankreich nicht in vollem Umfang weder mit den Griechenland vorgeschlagenen Reformen noch mit dem geforderten Tempo der Umsetzung einverstanden. Aber aus dem Blickwinkel französischer Realpolitik die EU betreffend schien dieser Weg unumgänglich, um in den Verhandlungen mit Griechenland eine deutsch-französische Linie fahren und eine gemeinsame Position vertreten zu können. Zudem konnte Frankreich dadurch seine eigene Glaubwürdigkeit hinsichtlich der Strukturreformen erhöhen.
- 33 Vgl. Jacques Delors, L'avant garde en tant que moteur de l'intégration européenne („Die Avantgarde bringt die europäische Integration voran“), Vortrag im International Bertelsmann Forum, „Europe without borders“, Berlin, Januar 2010, <<http://www.institutdelors.eu/media/discoursi01.pdf?pdf=ok>> (abgerufen am 7.3.2016).
- 34 Vgl. Wolfgang Schäubles Non-Paper „Comments on the latest Greek proposals“, 10.7.2015. Der deutsche Europaabgeordnete der Grünen Sven Giegold veröffentlichte den Text, <[http://www.sven-giegold.de/wp-content/uploads/2015/07/grexit\\_bundesregierung\\_non\\_paper\\_10\\_juli\\_2015.pdf](http://www.sven-giegold.de/wp-content/uploads/2015/07/grexit_bundesregierung_non_paper_10_juli_2015.pdf)> (abgerufen am 14.3.2016).
- 35 Die Griechenlandfrage gehört zu den Themen, die große Gefühle auslösen, Familien und sogar Parteien spalten können und in denen Affekt, Vernunft und Moral aufeinanderprallen. In einem anderen Größenverhältnis entspricht die „Griechenland-Affäre“ auf nationaler und europäischer Ebene der „Dreyfus-Affäre“ vom Ende des 19. Jahrhunderts: Beobachtete man damals die Ungerechtigkeit der Staatsraison gegenüber einer einzelnen Person, ist es heute die Ungerechtigkeit der europäischen Raison gegenüber einem einzelnen Land.







Dieses Werk ist lizenziert unter einer [Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International Lizenz](#).  
*This work is licensed under a [Creative Commons Attribution – NonCommercial – NoDerivatives 4.0 International License](#).*



Deutsche Gesellschaft  
für Auswärtige Politik  
German Council on  
Foreign Relations

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Rauchstraße 17 / 18 · 10787 Berlin  
Tel. +49 (0)30 25 42 31 -0 / Fax -16  
[info@dgap.org](mailto:info@dgap.org) · [www.dgap.org](http://www.dgap.org)

**Herausgeber**

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider, *Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP e.V.*

ISSN 1611-7034

**Redaktion** Sara Jakob

**Layout / Satz** Andreas Alvarez, Sabine Wolf

**Designkonzept** Carolyn Steinbeck · Gestaltung



Deutsche  
Gesellschaft für  
Auswärtige  
Politik